

P/XVII/234

Bonn, den 20. November 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Appell an das Gewissen</u> Zur Erklärung der Tübinger Professoren	41
2	<u>PRAGMATISMUS</u> Chruschtschow entfernt sich immer mehr von Dogmen	21
2	<u>Im Volk und Staat verdient gemacht</u> Zum 65. Geburtstag von Fritz Steinhoff	32
3 - 4	<u>Endspurt in Bayern</u> Hundhammer mit der Kistgabel	53
4	<u>Allein auf weiter Flur</u> Die CDU in Schleswig-Holstein ohne Partner	27
5 - 6	<u>Unentbehrlich für Italien</u> Zum bevorstehenden Parteitag der italienischen Sozialdemokraten Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	69

Chefredakteur Günter Markscheffel

Appell an das Gewissen

Zur Erklärung der Tübinger Professoren

sp. - Als der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, im Frühjahr 1961 in seiner Eigenschaft als Kanzlerkandidat der SPD einmal sagte, unser Volk brauche endlich eine Regierung, die weniger gerissen, dafür aber um so anständiger sei, als er in diesem Zusammenhang von dem notwendigen neuen Stil in der jungen deutschen Demokratie sprach, mag ihn mancher nicht ganz verstanden haben. Sehr viele unserer Mitbürger fanden, daß alles in bester Ordnung sei, andere meinten, Willy Brandt habe sich einen "Wahlschlager" ausgedacht...

In einer öffentlichen Erklärung von 54 Professoren der Universität Tübingen zur Behandlung der "Spiegel-Affäre" durch die Bundesregierung wird fast wörtlich die gleiche Forderung aufgestellt, die Willy Brandt seinerzeit erhoben hatte. Es heißt da:

- * "Angesichts der Verletzlichkeit der Demokratie in unserem Lande und der Schwäche ihrer Tradition kann die Vertrauenskrise
- * nur noch durch einen unmißverständlichen Akt des politischen
- * Anstandes behoben werden. In den älteren Demokratien hätte
- * eine Krise dieses Ausmaßes den Rücktritt der Regierung zur Folge.
- * Wir meinen daher, daß eine durchgreifende innere Erneuerung der Regierung die Voraussetzung dafür ist, daß die Glaubwürdigkeit unseres politischen Gemeinwesens wieder hergestellt wird."

Uns ist die politische Einstellung der Professoren, die diesen Aufruf unterzeichnet haben, nicht bekannt. Wenn Männer vom Format eines Professor R a i s e r, Präsident des Deutschen Wissenschaftsrates, und Professor R o t h f e l s, Mitglied des Ordenskapitels der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite - um nur einige zu nennen - aus der Zurückgezogenheit ihres Wissenschaftlerdaseins sich mit einem Appell an das Gewissen und das Verantwortungsbewußtsein der führenden Politiker und der Öffentlichkeit wenden, dann muß bei ihnen das Gefühl der eigenen Verantwortung für die demokratische Gemeinschaft die Schranken ihrer sonst ihnen geboten erscheinenden Zurückhaltung durchbrechen haben.

- * Wir können diese Männer zu ihrem Schritt nur beglückwünschen.
- * Sie haben deutlich gemacht, daß sie bereit sind, sich schützend vor unser Volk zu stellen, damit es sich bewußt wird, im
- * Kampf um die Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit nicht allein
- * zu sein.

Der Appell der Tübinger Professoren ist zugleich aber auch eine Mahnung an diejenigen, die auf Grund der Vorgänge in den letzten Wochen vielleicht allzu schnell resigniert und an der Möglichkeit gezweifelt haben, die Substanz des demokratischen Staates t r o t z einer schlechten Regierung erhalten zu können.

PRAGMATISMUS

sp - In der Sowjetunion scheint neuerdings der Begriff PRAGMATISMUS gross geschrieben zu werden. Mehr denn je versucht die Führung der Sowjetunion die Bürger dieses riesigen Staates davon zu überzeugen, dass es bei Aufrechterhaltung des rasanten Tempos der Industrialisierung weniger auf Dogmen als vielmehr auf den praktischen Nutzeffekt einer bestimmten Maßnahme oder Handlungsweise ankommt. Die jüngste Rede Chruschtschows vor dem Zentralkomitee der KPdSU gipfelt in der Feststellung, dass alle vorgeschlagenen Reformen nicht den subjektiven Wünschen einzelner Personen, sondern der ökonomischen Zweckmässigkeit dienen. Interessant ist nicht nur der Hinweis Chruschtschows auf die Leistungen der Wirtschaft im Westen, sondern auch die Anerkennung des Gewinns als Kriterium für die Arbeit der Betriebe. Zwar sei der Gewinn nicht das Ziel der Produktion, sondern ein Regulator, aber die Tatsache, dass der Begriff "Gewinn" als Motor der Wirtschaft überhaupt erwähnt wird, lässt ahnen, welche Wandlungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft sich abzeichnen. Gewiss, es gibt in den neuesten Aufgabenstellungen des Zentralkomitees für die sowjetische Wirtschaft zahlreiche Widersprüche. So baut man einerseits Planungsstrukturen ab, um sie auf anderen Ebenen, allerdings weniger zentralisiert, zu verstärken. Alles zusammengenommen jedoch zeigt eine in Fluss geratene Diskussion über Erkenntnisse, die man noch vor wenigen Jahren für "tabu" hielt.

+ + +

Um Volk und Staat verdient gemacht

sp - Im Kohlenpott, der industriellen Herzkammer von Rhein und Ruhr, kennt jedermann Fritz Steinhoff. Es liegt ihm gar nicht, viel Aufsehens von sich zu machen. Dieser bescheidene Mann wirkt mehr in der Stille, er scheut das Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit, am wohlsten und abgeschlossenen zeigt er sich in der Gesellschaft seiner Kumpels, aus deren Reihen er stammt. Selbst als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, dem grössten Land der Bundesrepublik, verlor er nichts von seiner angebornen Bescheidenheit. Zu seinem 65. Geburtstag werden ihm viele Ehren zuteil werden - von seinen vielen Freunden, aber auch von seinen politischen Gegnern, denen er durch die Integrität seines Charakters, durch die Aufrichtigkeit seines Willens und durch die Fairness der von ihm geführten Auseinandersetzung Achtung und Respekt abverlangte. - Fritz Steinhoff, typischer Sohn des Ruhrgebietes, kann auf eine reiche politische Tätigkeit zurückblicken. Unter härtesten Bedingungen erwarb er sich ein Wissen von Gesellschaft und Politik, das ihn befähigte, die verantwortungsvollsten Stellungen im öffentlichen Leben zu bekleiden. Schon vor dem Unheilsjahr 1933 gehörte er als Sekretär seiner Partei und unbesoldeter Stadtrat von Hagen zu den Persönlichkeiten, deren Wort Gewicht besass. Nach dem Zusammenbruch gab er als Mitglied des beratenden Provinzialrates von Westfalen, als langjähriger Oberbürgermeister von Hagen, als Vorsitzender der Landtagsfraktion der SPD, als Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen in der Zeit von 1956 bis 1958 dem Lande entscheidende Impulse. Vieles, was sein Nachfolger Meyers durchführte, fusste auf Grundlagen, die die Regierung Steinhoff in gründlicher Arbeit geschaffen hatte. - Als Vorsitzender des stärksten Parteibezirks der SPD in NRW und als hochgeschätztes Mitglied der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion hat sich Fritz Steinhoff ein Wirkungsfeld bewahrt, in dem er ganz aufgeht. Leben und Wirken dieses Mannes legen Zeugnis ab von der prägenden Kraft der Partei, der er seit frühester Jugend angehört und die ihm zu grossem Dank verpflichtet ist.

+ + +

Endspurt in BayernHundhammer mit der Mistgabel

RW - Es wäre zweifellos von großem Interesse, wenige Tage vor der Wahl zum Landtag und den Bezirkstagen in Bayern eine Meinungsumfrage durchzuführen. Während seit Monaten die landespolitischen Probleme in Wahlversammlungen und Presseäußerungen noch diskutiert wurden, hat die Spiegel-Affäre die wahlpolitische Landschaft völlig verändert. In CSU-Kreisen oder wie man in Bayern zu sagen pflegt, "bei den Schwarzen", ist man nicht nur linientreu. Man hat eigentlich seine Freude an dem massiven Strauss, der auch im Parlament nach alter Heimatsitte erst ein wenig "fingerhackelt", bevor er sagt, was er meint oder was sich begeben hat zwischen Bonn und Madrid.

Im Hintergrund der Petra-Kreise

Allerdings gibt es auch andere Kreise in der CSU. So beispielsweise den erzkonservativen Petra-Kreis, dessen führender Mann nicht erst seit heute ein intimer Gegner des Verteidigungsministers ist. Dr. Hundhammer, ein Vertreter des Klerikalismus altbayerischer Prägung, ist allerdings, das kann ihm niemand bestreiten, eine Persönlichkeit, die aus einem Holz geschnitzt ist. Dem bayerischen politischen Sprachgebrauch folgend könnte man es vielleicht als Ebenholz bezeichnen. Immerhin, die derten Spässe politischen Freistils sind Dr. Hundhammer zuwider. Daher dankt er sicherlich derzeit seinem Schöpfer, daß ein gütiges Schicksal Bayern vor einem Ministerpräsidenten Strauss bewahrt hat. Der bekannt Karikaturist E.H. Lang hat Strauß in einem Bild als wilden Stier gezeichnet, der mit seinen Hörnern alles, was vor ihm steht, zertrümmert. Am Zaune stehen - in Lederhosen - bekannte CSU-Politiker des Landes und sagen: "Wie lieb dös Viecherl ist", während im Hintergrund der Landwirtschaftsminister Hundhammer mit einer Mistgabel bewaffnet hinter dem Stier hiersieht.

Das "letzte Wort" für Franz-Josef

So deutlich ist das Bild im Wahlkampf und auf der Strasse nicht. Wie sehr jedoch der Landtagswahlkampf von Strauss beherrscht wird, geht daraus hervor, daß die CSU noch schnell einen großen Saal in der Landeshauptstadt mietete, damit Strauss am Freitag vor dem Wahlsonntag noch einmal reden kann, damit man ihm sozusagen "das letzte Wort" gibt. Natürlich will sich die CSU aus naheliegenden Prestige Gründen jetzt keine Desavouierung ihres Landesvorsitzenden leisten. Das Publikum wird nach gutem Brauch - ebenso wie handfeste Saalordner - aus dem Oberland herangefahren. Es werden sicher auch Neugierige kommen, denn das muß man sich einmal in natura und nicht nur im Fernsehen anschauen.

FDP rechnet mit einer guten Chance

Eine andere Frage ist die im Gang befindliche Meinungsbildung. Sie ist in Stadt und Land sehr beweglich. Vor allem ist Bewegung in die Masse der Wähler gekommen, die nicht ohne weiteres auf eine Partei oder einen Kandidaten (in Bayern ist die Stimmzahl allein maßgebend) festgelegt sind. Was man dabei zu hören bekommt, ist für die größte Partei in Bayern und ihre führenden Personen nicht sonderlich schmeichelhaft.

Dabei rechnen sich die FDP und die stark gefährdete Bayernpartei Chancen aus, die allerdings problematisch erscheinen. Wohl um hier den größtmöglichen Nutzen zu ziehen, hat die FDP ihre Tagung über die Koalitionskrise nach Nordbayern verlegt, damit man sie dort bei den Wählern als eine entscheidende Kraft im Bonner Kräftespiel werten möge.

Das Wort hat am kommenden Sonntag der Wähler. Er weiß, daß die zweitstärkste Kraft im Lande die SPD ist, deren Vertreter in der bayerischen Landespolitik in kritischen Zeiten vor und nach Hitler wohl stets eine bessere Figur machten als diejenigen, die angeblich Deutschland so wirksam gegen alle bösen Feinde zu schützen vermögen.

+ + +

Allein auf weiter Flur

Die CDU in Schleswig-Holstein ohne Partner

sp - Zum ersten Mal hat sich in der Bundesrepublik ein Minderheitskabinett etabliert; es ist die neue und alte von Hassel-Regierung in Schleswig-Holstein. Schon fragt man sich, wie denn dieses Verwaltungskabinett den Landeshaushalt in den nächsten Monaten über die Runden bringen will.

Es mag sein, daß von Hassel sich als guter Funktionär seiner Partei bewährt hat. Aber die Geschichte seiner Regierungstätigkeit im nördlichen Bundesland ist alles andere als staatsmännisch zu nennen. Es sollte eine Unmöglichkeit sein, ein Ein-Parteien-Kabinett zu wagen, hinter dem nur 31,2 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung des Landes stehen.

Obgleich die Mandatszahlen der CDU in Schleswig-Holstein seit 1950 ununterbrochen angestiegen sind - was auch bei den Sozialdemokraten der Fall war - ist die Basis der von der CDU geführten Regierung seitdem ununterbrochen kleiner geworden und hat inzwischen den Nullpunkt unterschritten. Bemerkenswert ist auch, daß die CDU nach jeder Wahl Koalitionspartner eingebüßt oder abgestossen hat.

1950 führte die CDU mit ihren 16 Mandaten eine Koalition aus CDU, BHE, FDP und DP, die sich zusammen auf 46 Abgeordnete des 69-köpfigen Parlaments stützte. 1954 hatte sie 25 Sitze, aber nur noch 40 Mandate im Parlament für eine Koalition aus CDU, BHE und FDP. 1958 errang die CDU zwar 33 Mandate, aber mit der FDP zusammen betrug die Regierungsbasis nur noch 36 Sitze. Nach der Wahl am 23. September 1962 aber regieren die Christlichen Demokraten oder besser gesagt verwalten sie Schleswig-Holstein mit 34 Abgeordneten allein. Kann oder will die CDU nicht mit einer anderen demokratischen Partei regieren? Die Zukunft wird es lehren.

+ + +

Unentbehrlich für Italien

Zum bevorstehenden Parteitag der italienischen

Sozialdemokraten

Von unseren Korrespondenten in Rom, Franca Maguani

Vom 22. bis 25. November wird in Rom der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Italiens stattfinden. Da die Sozialdemokraten als erste und seit Jahren als Befürworter einer Regierung des linken Zentrums aufgetreten sind, lag die Vermutung nahe, daß der kommende Parteitag äußerst ruhig verlaufen werde, dies umso mehr, als bei den letzten Gemeindevahlen beachtliche Erfolge erzielt werden konnten.

Aber auch in dieser Partei ist die Einheit nicht vollkommen. Der Parteisekretär Saragat hätte nicht zuletzt aus diesem Grunde den Kongreß lieber bis zu den nächsten politischen Wahlen im Frühjahr 1963 verschoben. Es erschien Saragat zweckmässig, die Rückwirkungen, die möglicherweise innerparteiliche Zwistigkeiten auf die Wählerschaft auslösen könnten, zu vermeiden. Da dieser Vorschlag nicht einstimmig angenommen wurde, mußte der Parteitag zum festgesetzten Termin durchgeführt werden.

Vier Entschliessungen

Es werden insgesamt vier Entschliessungen dem Kongreß vorgelegt werden; die der Mehrheit (Saragat), die des rechten Flügels (genannt die "Sozialdemokratische Initiative"), die des linkszentristischen Flügels, an dessen Spitze Minister Preti steht und zuletzt die des linken Flügels. In seiner Entschliessung unterstreicht Saragat den Zuwachs von 31 000 Parteimitgliedern (rund 25 Prozent) innerhalb eines Jahres. Er legt es als Beweis dafür aus, daß die italienische Wählerschaft die Anregungen, die die sozialdemokratische Partei der neuen Politik des Landes gegeben hat, wohl zu schätzen weiß. Die Phase der Verteidigung der Freiheit hatte die Zentrumsregierungen der letzten Jahre gekennzeichnet und sie hatten auf Grund dieses Kampfes ihre Gültigkeit gehabt. Heute dagegen charakterisiert die so viel unstrittene Regierungsformel des linken Zentrums die Notwendigkeit der dringenden Lösung des sozialen Problems, das sich seit Jahrzehnten dem Lande stellt.

In einer im Fernsehen gehaltenen Ansprache wies Saragat darauf hin, daß die Politik des linken Zentrums bei weitem noch nicht eine endgültige Lösung sei; einerseits, weil sie durch die Gegenwart einer starken christlich-demokratischen Rechte gebremst wird, welche der Verwirklichung sozialer Reformen große Hindernisse in den Weg zu legen versucht.

Der christlich-demokratische Parteisekretär Moro hat anlässlich des kürzlich versammelten nationalen Landesrats der Democrazia Christiana ein ungewöhnliches Geschick bewiesen. Mit 124 gegen 20 Stimmen beschloß der Landesrat, die Unterstützung der Politik des linken Zentrums und die Zusammenarbeit mit den Linksozialisten Nenni fortzusetzen. Die Einheit der Democrazia Christiana wird immer um den Preis eines Kompromisses von seiten eines großen Teiles des rechten Flügels innerhalb dieser Partei erreicht. So ist die Politik des linken Zentrums noch immer ein Gebilde, das mühsam aufrechterhalten wird und noch keine echte Stabilität gewährleistet.

Gefahren von links

Neben den Gefahren von rechts sieht Saragat auch diejenigen, die von links das Zentrum bedrohen. Die Sozialistische Partei Nenni muß nicht nur ihren äußerst regsamen pro-kommunistischen linken Flügel Rechnung tragen, sondern auch innerhalb der autonomen Mehrheit müssen gewisse Positionen geklärt werden, zum Beispiel die positive Haltung zur NATO hätte in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck kommen.

Aus diesen Tatbeständen ergibt sich, daß die Regierung nach wie vor der Unterstützung der Sozialdemokratie bedarf. Die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen sind umso interessanter, als sie als Hinweis auf die im Frühjahr bevorstehenden Parlamentswahlen angesehen werden. Neben den Sozialdemokraten haben nur die Liberalen einen so deutlichen Wahlerfolg erzielt, wodurch die beiden demokratischen Halbflügel der italienischen Politik - rechts die Liberalen und links die Sozialdemokraten - gestärkt aus dieser Probe hervorgegangen sind.

Es ist leicht vorauszusehen, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag die große Mehrheit der Partei der Gruppe Saragat zustimmen wird. Von kleinerer Bedeutung dürfte die Stärke des rechten Flügels sein, welcher die Formel einer Regierung des linken Zentrums als noch nicht reif erachtet und ein Zurück zur alten gemäßigten Zentrumspartei befürwortet. Der linke Flügel dagegen strebt die Wiedervereinigung mit der Nenni-Partei an mit der Überzeugung, daß nur mittels dieses Prozesses eine definitive Klärung der Partei der Linksozialisten beschleunigt werden könne.

Die Funktion der Sozialdemokratie hat in Italien - wie die letzten Kommunalwahlen bewiesen haben - nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Sie scheint vielmehr von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung des italienischen Sozialismus zu sein.